

Aufbruch gegen die Quote

Die EU-Innenminister haben eine Aufnahmequote für Flüchtlinge beschlossen. Das gefällt nicht allen: Die Slowakei, Rumänien, die Tschechische Republik und Ungarn wollen sich nun wehren.

23.09.2015

Die slowakische Regierung will vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Aufnahmequoten für Flüchtlinge klagen, die von den EU-Innenministern beschlossen wurden. „Wir haben nicht die Absicht, die verpflichtenden Quoten zu respektieren“, sagte der slowakische Ministerpräsident **Robert Fico** am Mittwoch in Preßburg (Bratislava). Sein Land nehme auch ein EU-Verfahren wegen Vertragsverletzung in Kauf.

Die Innenminister der EU-Staaten hatten bei ihrem Quoten-Beschluss am Montag Rumänien, die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn überstimmt. Finnland hatte sich der Stimme enthalten, Polen hatte überraschend für den Beschluss gestimmt, was in den Hauptstädten der anderen drei Visegrád-Staaten bedauert und von der polnischen Opposition heftig kritisiert wurde. In Budapest, in Bukarest, in Prag und in Pressburg ist die Empörung groß, dass in einer politisch so heiklen Frage eine Mehrheitsentscheidung gefällt wurde. Man ist sich dort darin einig, dass die Quotenregelung nichts zur Lösung der **Flüchtlingskrise** beitragen könne. Quoten seien unsinnig, sagte Fico, sie würden nicht die gewünschte Wirkung zeitigen. Diese Auffassung vertritt auch der tschechische Ministerpräsident Bohuslav Sobotka. Diese vermeintliche Lösung trage nur dazu bei, die öffentliche Meinung in den Ländern zu beruhigen, die das Ziel des Migrationsstroms seien. Die Entscheidung sei falsch gewesen, und seine Regierung werde alles daransetzen, dass sie nicht umgesetzt werde.

Europa dürfe am Streit um die Flüchtlingskrise nicht zerfallen

Anders als die Slowakei will die Tschechische Republik jedoch keine rechtlichen Schritte gegen den Beschluss der Innenminister ergreifen. Er wolle die Spannungen in der **EU** nicht noch verschärfen, sagte Sobotka. Europa dürfe am Streit um die Flüchtlingskrise nicht zerfallen. Weitere Kontroversen über eine realistische Haltung in dieser Frage stünden bevor, und die Tschechische Republik brauche Partner in Europa, die ihren Argumenten Gehör schenken. In Prag hatte der stellvertretende Ministerpräsident Pavel Bělobrádek, der der christlich-demokratischen KDU-ČSL angehört, eine Klage erwogen.

Seine Partner in der Regierung distanzieren sich jedoch von diesem Vorschlag. Außenminister Lubomír Zaorálek, der wie Sobotka der sozialdemokratischen Partei angehört, sagte am Dienstag vor dem Senat, die Tschechische Republik werde sich den Beschlüssen der EU fügen. Sie wolle sich nicht einem Konsens widersetzen, sondern die Diskussion auf die wesentlichen Fragen konzentrieren. Dazu gehörten der Schutz der Schengen-Außengrenze sowie die Einrichtung von „hot spots“, wo an Ort und Stelle zwischen Flüchtlingen und Migranten aus wirtschaftlichen Gründen unterschieden werden müsse.

Rumänischer Präsident will Brüssel seine „Unzufriedenheit“ kundtun

Die Entscheidung der Innenminister wird auch von den Parteien und Medien kritisiert, die der EU sonst grundsätzlich positiv gegenüberstehen. Die Quotenlösung werde lediglich die anti-europäische Stimmung in den mittel- und osteuropäischen Ländern fördern, sagte Jiří Pospíšil, ein EU-Abgeordneter der konservativen Partei TOP 09 des früheren tschechischen Außenministers Karel Schwarzenberg. Die oppositionelle, EU-freundliche slowakische Tageszeitung „Sme“ kritisierte zwar die kompromisslose Haltung der Regierung Fico, klagte jedoch, dass die vier Länder in einer Frage überstimmt wurden, „die als Säule der eigenen Souveränität empfunden wird: Wen wir zu uns lassen, soll der Hausherr entscheiden und kein anderer“. Ein Kommentator der ebenfalls proeuropäischen tschechischen Tageszeitung „Lidové noviny“ bedauerte, „dass die europäischen Spitzenpolitiker Quoten als Lösung verstehen, statt den Schutz der EU-Außengrenzen anzugehen“.

In Bukarest und in Prag äußerten führende Politiker die Hoffnung, dass der EU-Gipfel am Mittwoch den Beschluss der Innenminister außer Kraft setzen würde, gaben allerdings auch zu bedenken, dass dies sehr unwahrscheinlich sei. Der rumänische Präsident Klaus Johannis kündigte an, er wolle in Brüssel seine „Unzufriedenheit“ über die Mehrheitsentscheidung zum Ausdruck bringen.

Indes hat die Flüchtlingskrise auf dem Balkan zu einer heftigen Kontroverse zwischen Serbien und Kroatien geführt. Der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vučić beklagte sich bei der EU-Kommission über die Schließung des Grenzübergangs an der Autobahn Belgrad-Zagreb für den Lastwagenverkehr durch Kroatien. Seinem Land entstehe dadurch schwerer wirtschaftlicher Schaden. Die Regierung in Zagreb will durch die Blockade Druck auf Belgrad ausüben, um zu erreichen, dass nicht weitere Zehntausende Flüchtlinge von Serbien nach Kroatien geschleust werden.

Quelle: F.A.Z.